

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 70 (1990)
Heft: 2

Artikel: Der lange Weg von der Schweiz nach Europa
Autor: Wuffli, Heinz R.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-164770>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Heinz R. Wuffli

Der lange Weg von der Schweiz nach Europa

In den vergangenen Monaten hat sich in Europa mehr geändert als zuvor während Jahrzehnten. Dem seit geraumer Zeit fortschreitenden Paradigmenwandel, unter dem man eine grundlegende Umstellung in den Werthaltungen und Zielordnungen versteht, ist nun sozusagen über Nacht auch der *politische Eisbruch* gefolgt. Das Tauwetter hat alle osteuropäischen Länder erfasst, übt aber auch einen wechselseitigen Einfluss auf das Staatengefüge des Westens aus: der kalte Krieg ist zu Ende, und das Misstrauen wird fühlbar schwächer. Dabei sind die Zusammenhänge wohl verschlungener, als dass sie sich auf die kürzlich von Alain Minc geprägte Formel «*Es gibt keine europäische Frage, es gibt nur eine deutsche Frage*» reduzieren liessen.

1815–1989

Der Erneuerungsprozess im Sowjetbereich ist mehr als bloss ein Wellenschlag im Strom der Geschichte. Ob man das Jahr 1989 nun der Zahlenmagie wegen mit 1789 oder — was vorzuziehen ist — mit 1815 vergleicht, werden spätere Generationen beurteilen können. Sicher scheint, dass wir nicht nur eine Korrektur der Kriegsfolgen von 1945 erleben, sondern den Versuch eines völligen *Neubeginns* in einem grösseren und friedlicheren *Europa freierer Menschen*. Einen solchen Neubeginn verwirklichte seinerzeit auch der Wiener Kongress von 1815, allerdings ohne mehr individuelle Freiheit anzustreben. Doch wurde ein friedliches Staatensystem geschaffen, das etliche Jahrzehnte überdauerte. Es ermöglichte auch das nationale Zusammenwachsen Italiens und Deutschlands und ging erst zugrunde, als der Patriotismus durch die Hydra des übersteigerten Nationalismus verschlungen wurde. Nebenbei anerkannte man damals in Wien auch die *Neutralität der Schweiz*, eine Maxime, die wir heute wieder einmal zu überdenken haben.

Überhaupt kann die *Schweiz* von den jüngsten Ereignissen nicht unberührt bleiben, sondern wird ihre *Europapolitik* und damit letztlich auch ihren historischen Auftrag neu überlegen müssen. Es genügt dabei kaum, alte Denkklišees aus der Rumpelkammer der Geschichte hervorzuholen und die dazu passenden Refrains herunterzuleiern. Und es reicht auch nicht aus, die Dinge nur juristisch zu sehen. Historische Prozesse umfassen mehr als nur Paragraphen: vor allem engagieren sie die Gefühlswelt der

Völker, die bei uns gegenüber allem, was neu und grösser ist, vorsichtig und ängstlich reagiert, es sei denn, man wittere materielle Gewinnchancen. Doch zurück zur Frage der europäischen Entwicklung.

Doppelte Erweiterung des europäischen Hauses

Bevor man Erweiterungsbauten in Angriff nimmt, sollte Klarheit herrschen über deren Raumprogramm. Zur *Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft EG* mit 12 Mitgliedstaaten und 320 Millionen Einwohnern und zur *Europäischen Freihandelszone EFTA* mit 6 Mitgliedsländern und 32 Millionen Menschen gesellen sich — abgesehen von den 23 Millionen Bewohnern des unruhigen Jugoslawiens und von Albanien — nun unvermittelt 6 *osteuropäische Republiken* mit 110 Millionen Menschen hinzu. Diese wollen sich alle ebenfalls demokratisch und rechtsstaatlich regieren lassen und gehören, historisch betrachtet, weit eher zu Europa als zur eurasischen Supermacht Sowjetunion. Aber lassen sie sich ohne weiteres ins gesamt-europäische Haus eingliedern? Wird Paneuropa so leicht Wirklichkeit?

Angesichts des kläglichen Zustands der östlichen Wirtschaft fällt der Wohlstand von West- nach Osteuropa noch steiler ab als von Nord- nach Südeuropa. Um dem entgegenzuwirken sind die Oststaaten nolens volens gezwungen, den überbürokratisierten Kollektivismus durch eine soweit als möglich *soziale Form von Marktwirtschaft* abzulösen und durch politische Reformen zu versuchen, nicht mehr jene «monstres froids» zu sein, als welche de Gaulle solche Staaten kennzeichnete. Sofern kein Rückschlag in der Sowjetunion oder in einzelnen osteuropäischen Ländern mit dem Versuch von «*Law-and-Order*»-Bewegungen oder Militärdiktaturen zur Restauration der kommunistischen Herrschaft erfolgt, werden somit binnen kurzem 500 Millionen Europäer einigermaßen demokratisch und marktwirtschaftlich organisiert sein. So erhielte unser alter Kontinent numerisch ein Gewicht, das jenes der beiden Supermächte deutlich übertreffen würde. Doch sollte man solche Zahlenspiele nicht zu ernst nehmen: Europa kann und wird kein Monolith sein, nicht nur der Freiheit seiner Völker wegen, sondern auch zur Vermeidung einer gefährlichen neuen Konfrontation mit dem nach wie vor mächtigen Koloss im Osten.

Die hoffnungsvolle These, Europa werde insgesamt einer *Wettbewerbswirtschaft* zuneigen, mag vielen als naives Wunschdenken erscheinen. Leider hängen ja immer noch manche ökonomisch wenig vorbelastete Intellektuelle stubenwarmen marxistischen Träumen nach, statt klar zu sehen, dass der Osten nicht wegen des Fehlverhaltens abweichlerischer Führungsgruppen *Bankrott* gemacht hat, sondern wegen seines zutiefst unmenschlichen, ineffizienten und korrupsionsverseuchten Systems. Es gibt allen defi-

nitorischen Haarspaltereien zum Trotz keinen «dritten Weg», der das Gute von Markt- und Planwirtschaft vereint zum Tragen brächte. So ist weder ein «humaner Kommunismus» noch ein «Sozialismus mit menschlichem Gesicht» möglich, wenn man ein neuerliches Scheitern mit nochmals schrecklichen Folgen vermeiden will. Das ist den Einsichtigen im Osten offenbar weit klarer als vielen westlichen Romantikern. Der bessere Weg führt in eine soziale Marktwirtschaft, wie holprig und störungsanfällig sie auch sein wird. Deren Triebkräfte entstammen den alten, oft langweiligen und kühlen, aber dem Individuum doch erhebliche Freiräume gewährenden *liberalen Grundsätzen* und — *horribile dictu* — der Mobilisierung des menschlichen Egoismus. Das ist nicht immer schön, aber es trägt der Tatsache Rechnung, dass der Mensch eben ein unvollkommenes Wesen ist.

Nun befinden sich die *institutionellen Fragen Europas* in vollem Fluss. Einerseits gilt noch immer der Fahrplan der EG, Ende 1992 das *Binnenmarktprogramm* mit den *vier Freiheiten* im Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Menschen und Kapital zu verwirklichen. Andererseits sollen demnächst Verhandlungen mit der EFTA einen erweiterten *Europäischen Wirtschaftsraum EWR* schaffen. Dass hier die EG mit ihren 320 Millionen Einwohnern den 32 Millionen der EFTA ihre Vorstellungen aufdrängen wird, liegt auf der Hand. Zum dritten kommen aber nun die noch wichtigeren Fragen hinzu, die sich in bezug auf das künftige Verhältnis zwischen EG sowie allenfalls EWR und den *osteuropäischen Staaten* stellen.

Europäische Osthilfe

Einstweilen gehören die Ostländer weiterhin zum *Warschau-Pakt* und zum *Comecon*, dem «Rat für gegenseitige wirtschaftliche Hilfe», der seinen Mitgliedern allerdings derzeit kaum viel helfen kann. Doch brauchen sie *rasche Unterstützung*, um die heutige Notlage zu bewältigen und um später auch die verrottete Produktionsausrüstung zu erneuern. Diesen Beistand kann nur der Westen bieten. An sich sollte er nicht bedingungslos gewährt werden; aber die Hilfe lässt sich kaum so lange hinauszögern, bis die Verwaltungsjuristen für alle Fragen perfekte Formeln und klare Wörter — etwa über die Begriffe «Demokratie» oder «Rechtsstaat» — definiert haben. Sonst läuft dem Osten die junge Generation weiter davon, bevor die von ihren Fesseln befreite Wirtschaft genügend Schubkraft entwickelt hat. Das würde die Lage verschärfen und die alte Garde der kommunistischen «*Grognards*» zu *Restaurationsversuchen* reizen.

Immerhin wäre zu wünschen, dass die Osthilfe *durch die EG koordiniert* und nicht in einen kurzsichtigen Wettlauf der einzelnen westlichen Mächte und der multinationalen Unternehmen ausarten würde. So entstünde

jedenfalls weniger Misstrauen unter den Ländern des europäischen Hauses, die ja allesamt nicht frei von nationalen Egoismen sind. Es mag wohl sein, dass solche Überlegungen Brüssel zu einer rascheren Gangart zwingen. Da wird allseits viel Pragmatismus nötig sein, vielleicht mehr, als cartesianischen Denkern und Zentralisten, wie dem Kommissionspräsidenten Jacques Delors, lieb ist. Vielleicht müssten auch die *Prioritäten neu geordnet* und die Beziehungen zu den Oststaaten *vor* jenen zur EFTA geregelt werden. Das hätte für die *Schweiz* den Vorteil, eine Denkpause zu erhalten, während welcher nochmals gründlich abzuwägen wäre, ob nicht ein direkter Beitritt zur EG einem indirekten Anschluss über die EFTA vorzuziehen wäre.

Im Zusammenhang mit der Osthilfe stellen sich mindestens vier *Fragenkomplexe*, die vermutlich rascher beantwortet werden müssen, als man vielerorts heute noch annimmt:

- Die *deutsche Frage* in bezug auf das Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten unter sich und mit Europa insgesamt;
- Das künftige *Sicherheitskonzept Europas* in seinen Bezügen zu den beiden Supermächten und im Verhältnis zwischen NATO und Warschauer-Pakt;
- Das Problem der *Garantien der Osteuropaländer* gegen einen Rückfall in freiheitsbedrohende Regierungsformen und gegen erneute Enteignungen;
- Das Problem der *ökonomischen Globalisierung* und ihres Beitrags zur *Investitionsförderung* unter Berücksichtigung des dringend notwendigen *Umweltschutzes* in Osteuropa.

Hier kann es nicht darum gehen, diese Fragen einzeln zu erörtern. Für das Verhältnis der Schweiz zu Europa spielt insbesondere die deutsche Frage eine wichtige Rolle, sachlich und emotionell. Darüber hinaus geht es darum, sich klar zu werden, in welchen Räumen des europäischen Hauses die Schweiz wohnen möchte: in den Repräsentationssälen, in der Bibliothek, im Werkraum oder in der Küche? Oder streben wir etwa an, das Gartenhaus abseits des Hauptgebäudes zu unserm versponnenen Heim zu wählen und hier biedermeierlich unserem Sonderfall nachzuträumen? Ohne dieses Bild weiter auszumalen, müssen wir uns doch bewusst sein, dass diese Frage bei den andern Europäern wenig Echo weckt: die Wahrung unserer Interessen ist und bleibt unsere eigene Aufgabe.

Abschied vom Sonderfall

Fast ein halbes Jahrhundert lang spielten wir als reiche, wenn auch zu Zeiten ziemlich neurotische *Musterschüler* die Rolle einer mittelgrossen

Macht. Gefragt und ungefragt erhielt jedermann unsere *Belehrungen* zu hören, sei es über die direkte Demokratie oder die solide Finanzgebarung, sei es über die Berufsbildung oder den Segen unserer kartellierten Wirtschaftsstruktur. Der blühende Finanzplatz brachte billiges Geld und beschäftigte immer mehr Leute, die von Industrie und Gewerbe freigesetzt wurden. Das politische System funktionierte in weise zurückhaltendem Gang, wobei — abgesehen vom zulässigen Jammern über die Zeitläufe — jegliche Dramatisierung hausgemachter Fehler als schlechter Stil galt. Die Landesverteidigung blieb lange unangefochten und die Lehren des kalten Krieges wurden von uns fast länger befolgt als von dessen Protagonisten selber.

Das ist binnen kurzem anders geworden. Wir haben manche bisherigen *Vorteile eingebüsst*, teils weil andere Länder stark aufgeholt haben, teils weil es uns zu wohl wurde und teils, weil wir das Eigenlob etwas allzu vollmundig gesungen haben. Es geht uns zwar immer noch gut. Doch mehren sich die kritischen Stimmen, die glauben, unser Wohlstand lasse sich kaum auf die Dauer erhalten, ohne dass manches geändert werde.

Den wohl vorläufig letzten grossen Sieg hat der *Mythos vom Sonderfall* 1986 davongetragen, als das Schweizervolk den UNO-Beitritt in nicht unerwarteter Gefühlsaufwallung verwarf. Die Welt hat dieses Verdikt gelassen überstanden, und die Schweiz hat bisher wenig darunter gelitten. Dass aber seither namentlich im Gefühlsbereich der jüngeren Generation einiges in Bewegung geraten ist, hat die kürzliche Abstimmung über die Abschaffung der Armee gezeigt: die Zweifel an der Glaubwürdigkeit unserer öffentlichen Einrichtungen nehmen zu. Doch ist das *Ende unserer «splendid isolation»* auch abzulesen an den materiellen Daten: unser Zinsniveau nähert sich jenem anderer Industrie- und Dienstleistungsstaaten an, der Franken ist nicht mehr so überwertet wie auch schon, und unsere Teuerung ist zu hoch geworden, als dass wir darauf stolz sein könnten.

Ein weiteres *Abseitsstehen*, diesmal von der europäischen Entwicklung, könnte uns wesentlich mehr *schaden* als der Verzicht auf den UNO-Beitritt. Das war noch vor Jahresfrist nicht so klar, als wir hofften, als gute Kunden mit der EG später immer noch zu einem Sonderarrangement zu kommen. Gerade die UNO-Abstimmung hat vielleicht Regierung und Öffentlichkeit bewogen, die Europa-Frage *ohne vertiefte Analyse* zu behandeln und an der vorgefassten Meinung festzuhalten, dass ein direkter EG-Beitritt schon des Volkswillens wegen ausser Diskussion stehe.

So sehen wir uns nun im *Aussenseiterklub der EFTA* gefangen, der faktisch einer von der EG diktierten Lösung zustimmen muss, ohne viel Mitspracherechte zu erhalten. Das wird uns fast gleichviel Konzessionen abfordern wie wir bei einem direkten EG-Beitritt hätten erbringen müssen. Es ist sinnlos, die Tatsache zu beschönigen, dass die EFTA seit dem Über-

tritt Grossbritanniens in die EG nicht mehr viel *Existenzberechtigung* hat, und dass eigentlich kaum grosse Gemeinsamkeiten zwischen den Alpenrepubliken Schweiz und Österreich einerseits und den skandinavischen Staaten Schweden, Finnland, Norwegen und Island andererseits bestehen. So bleibt es fraglich, ob es klug ist, die EWR-Lösung als Ei des Kolumbus anzupreisen, statt die neueste Entwicklung in Europa dazu zu benützen, uns aus dieser *Sackgasse zurückzuziehen*. Diese Verantwortung kann dem Bundesrat niemand abnehmen: er wäre gut beraten, hier nicht der alten helvetischen Regel «*Nach der Tat hält der Schweizer Rat*» zu folgen. Man vergesse nicht, dass in jeder Organisation die Mitglieder mehr mitbestimmen können als zugewandte Orte, was Städte wie Mülhausen schon zu Zeiten der alten Eidgenossen lernen mussten.

Tatsächlich zwingt uns die Entwicklung, *rascher und flexibler* als früher auf neue Konstellationen zu *reagieren*. Das herkömmliche «Erdauern» hat uns zwar vor manchen Fehlern bewahrt. Doch gilt dieses Prinzip nicht absolut. Es mag wohl sein, dass namentlich die Notwendigkeit der Einbindung eines grösseren und stärkeren Deutschlands in Brüssel das *Interesse an zusätzlichen Mitgliedern* wie Österreich und der Schweiz wachsen lässt. Das wäre für uns eine glückliche Fügung, die wir jedenfalls nicht ohne gründliche Prüfung vorübergehen lassen sollten.

Wie auch immer: der Sonderfall-Mythos mag für unsere eigene Gefühlswelt noch zelebriert werden, aber Anerkennung von den andern Europäern dürfen wir kaum erwarten. Diese betrachten uns eher als Trittbrettfahrer, die übrigens um so gefährdeter sind, je rascher der Zug fährt. Statt Objekt im Korsett der EFTA zu bleiben, suchen wir besser wieder Subjekt zu werden. Das erfordert ebenfalls allerhand Opfer. So werden wir uns mehr als bisher mit der Osthilfe befassen müssen, wo es nicht mit Milchpulversendungen getan ist. Ebenso wenig dürfen wir unseren Krämergeist hervortreten lassen, indem wir diesen politischen Eisbruch ausgerechnet dazu benutzen, unsere Forderungen für Verstaatlichungsverluste gegenüber der DDR zu erneuern. Oder haben wir nichts gelernt seit dem Zweiten Weltkrieg, als die verschonte Schweiz von den Amerikanern für die irrtümliche Bombardierung Schaffhausens nicht nur Schadenersatz, sondern auch noch Zinsen seit dem Schadentag verlangte?

Ängste des einsamen Kleinstaates

Die Schweiz muss trotz ihres Reichtums wieder lernen, *Kleinstaat* zu sein. So gilt für sie nicht mehr überall der ironische Text aus dem Musical Anatewka «*Wer reich ist, ist auch klug*», sondern es ist von uns eher die andere Version zu beherzigen: «*Wer stark ist, ist auch klug*». Grössere

Mächte als die Schweiz werden letztlich das europäische Schicksal bestimmen, was unserer *Neigung zur Schulmeisterei zuwiderläuft*. Wir werden künftig eine Grossmacht, zwei Mittelmächte und einen andern Kleinstaat als Nachbarn haben. Das ist nicht mehr so wie im Jahrhundert vor 1914, als das Deutsche Reich, Frankreich, Österreich-Ungarn und Italien uns umgaben. Aus der veränderten Konstellation folgt, dass das Interesse des Auslands an unserer *Neutralität* kaum mehr wie früher vorhanden ist: die Welt hat sich stärker verändert als wir.

Wenn wir innenpolitisch immer noch sehr oft von der Neutralität sprechen, dann sollten wir doch nicht übersehen, dass nur *Grossmächte*, nicht aber Kleinstaaten die Kraft haben, ihre *Aussenpolitik nach innenpolitischen Präferenzen* auszurichten. Das gilt auch für ökonomische und ökologische Fragen. So wird man uns auf die Dauer kaum gestatten, verkehrspolitische Barrieren geschlossen zu halten oder unsern Sondermüll zu exportieren, bloss weil wir den St. Florian zum inoffiziellen Landesheiligen erkoren haben und in Verkennung unserer Position allzu heroische Ziele anstreben.

Kleinstaat sind wir selbstverständlich auch im Hinblick auf das Gewicht, das unseren Ansichten zur *deutschen Frage* zukommt. Dass auch hierzulande die *ältere Generation* gegenüber einem vereinigten Deutschland gewisse *traumatische Gefühle* überwinden muss, versteht sich. Das wird aber am Gang der Geschichte nichts ändern. So sind wir besser beraten, wenn wir diese *eigengesetzliche Entwicklung positiv* betrachten. Drei Aspekte sind hier zu erwägen.

Erstens wird trotz allem Gerede über ein langsames Vorgehen die wirtschaftliche und politische Lage rasche Lösungen erzwingen: die beiden Deutschland werden zueinander finden, ob konföderiert, ob durch Erweiterung der Bundesrepublik oder durch ein blosses Wirtschafts- und Währungsbündnis. Das wird gewaltige *Aufschwungkräfte* freisetzen und soviel westliches Kapital erfordern, dass das Zinsniveau wohl länger hoch bleibt als man bisher erwartete. Darüber hinaus wird die Bundesrepublik auch an Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn massive Hilfe zu leisten haben. Das alles eröffnet auch der *Schweizer Wirtschaft* wie dem übrigen Europa wirtschaftliche *Chancen*, die es zu nützen gilt. So könnte ein Teil der Opfer, welche uns die zukünftige Europapolitik abverlangt, kompensiert werden.

Zweitens steht nirgends geschrieben, dass sich so krankhafte Entwicklungen wie in der *Zeitspanne 1933/1945* wiederholen müssen: Die Deutschen und ihre Nachbarn haben viel dazu gelernt und sind, was vielleicht am meisten zählt, bei weitem weltoffener und sprachenkundiger geworden als zuvor. Je kritischer wir uns verhalten, desto mehr laufen wir Gefahr, *Trotzreaktionen* heraufzubeschwören oder gar das üble Geschäft der deutschen Republikaner zu fördern. So sollten wir uns besser daran erinnern, dass früher überaus enge *wirtschaftliche, kulturelle und persönliche Bezie-*

hungen zwischen dem Reich und der Schweiz herrschten, die seit geraumer Zeit wieder aufgelebt sind und sich laufend weiter vertiefen.

Drittens aber wird die Schweiz in den nächsten Jahrzehnten unter einem viel zu *kleinen Kadersubstrat* leiden. Aus demografischen Gründen nimmt ja nicht nur die Zahl der Lehrlinge kräftig ab, sondern wird auch die Schicht jener dünner, die für führende Positionen in Wirtschaft und Verwaltung geeignet sind. In die gleiche Richtung wirkt auch der Trend führender Leute, sich vorzeitig in den Ruhestand zu begeben. Das wird uns zwingen, ähnlich wie vor 1914, vermehrt ausländische Führungskräfte heranzuziehen und darunter natürlich viele Deutsche. Auch aus diesem Grund sind wir auf gute Beziehungen zu unserem nun nochmals stärker werdenden Nachbarland angewiesen. Übrigens lebten vor dem Ersten Weltkrieg dreimal soviel Deutsche in der Schweiz wie heute, ohne dass wir darob unsere Identität verloren hätten.

Schon diese Überlegungen weisen ebenfalls darauf hin, dass die *Maxime der Neutralität* keinen übertriebenen Stellenwert mehr verdient. Es ist denn auch kaum anzunehmen, dass diese Frage die beiden *Supermächte* stark beschäftigt. Beiden kommt die grundlegende Entspannung überaus gelegen, erlaubt sie doch, die dringend nötigen *Rüstungseinsparungen* noch rascher vorzunehmen als ursprünglich geplant. Eine Abkehr von einer allzu rigoros definierten Neutralitätspolitik liesse auch bei uns gewisse Abstriche an den Rüstungsaufwendungen zu, so etwa für die Flugzeugbeschaffung.

Europapolitisch relevant sind zwei weitere Problemkreise: die *Agrarfrage* und die Überfremdung des *Arbeitsmarktes*. Was die Landwirtschaft betrifft, zeigt sich immer deutlicher, dass sowohl die öffentliche Meinung wie die Regeln des *Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens GATT* eher früher als später eine Durchforstung des Gestrüpps unserer Politik erzwingen werden. Das hat offenbar «Brugg» besser begriffen als manche Bauernpolitiker, die an lieb und teuer gewordenen Ordnungen festhalten möchten. Wenn aber schon eine Reform an Haupt und Gliedern notwendig ist, dann sollte doch zugleich die Europafähigkeit erreicht werden, selbst wenn dies allerhand Schmerzen bereiten sollte. Was der DDR mit ihrem Mauerabbruch möglich war, darf doch für die Landwirtschaftspolitik unseres reichen Landes nicht unmöglich sein, nämlich der Mut, über den eigenen Schatten zu springen.

Auch die *Arbeitsmarktpolitik* wird noch viel zu reden geben, bis sie in etwa dem entspricht, was Europa von uns fordert. Für apokalyptische Ängste besteht aber auch hier kein Grund. Je näher Europa zusammenrückt und je mehr die Wohlstandsunterschiede schwinden, desto weniger ist zu erwarten, dass die Schweiz von Hunderttausenden von Gastarbeitern zusätzlich überschwemmt werde. Umgekehrt haben wir oben festgestellt,

wie sehr wir auf qualifizierte Kräfte angewiesen sind. Etwas anderes wird in diesem Kontext zu oft vergessen: wie wichtig es ist, dass jüngere Schweizer ihre *Lehr- und Wanderjahre* ohne Diskriminierung auch im europäischen Ausland verbringen können. Auch dafür sind wir auf die *Reziprozität* angewiesen. Das gilt sodann auch für viele schweizerische Unternehmungen, die *Tochtergesellschaften im EG-Raum* besitzen und für einen freien Personalaustausch eintreten. Sicher wirft das Überfremdungsproblem manche Fragen auf, zumal der Prozentsatz von Ausländern bei uns weit höher ist als in unsern Nachbarländern. Aber wir sollten diese Dinge nicht von vornherein als unlösbar betrachten. Aufgerufen zu praktischen Vorschlägen sind die *Parteien und Verbände*, denen es gut täte, das *Rollenspiel der Commedia dell'arte* auch in dieser Hinsicht aufzulockern.

Direkte Demokratie als Vorwand zum Immobilismus?

Das gegenüber allen Europa-Bestrebungen am meisten ins Feld geführte Argument, dass dadurch unsere *direkte und föderalistische Demokratie* ins Mark getroffen würde, ist sicher ernstzunehmen. Aber es darf nicht ungeprüft bleiben, denn bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass die Gefährdungen wohl geringer sind als die Befürchtungen, und dass einiges an blosser Heuchelei durchschimmert.

Schon heute werden die *Kantone und Gemeinden* ja vom Bund in mancher Hinsicht gegängelt, so etwa bei der Raumplanung, im Umweltschutz oder im Steuerrecht. Das wird meist durchaus geduldet, solange dafür Subventionen fliessen. Trotzdem ist der Bereich der föderalistischen Autonomie mit den Budget- und Wahlrechten noch reichlich gross. Das würde auch bei einem EG-Beitritt nicht ändern. Ähnliches gilt auch für den *Bund*, wo man sogar mit Recht die Meinung vertreten kann, das Initiativrecht werde immer mehr missbraucht und verkomme gelegentlich zu üblen Public-Relations-Operationen. Und dort, wo uns Brüssel eine etwas raschere Gangart aufdrängen würde, wäre dies sogar meist begrüßenswert: wir können nicht immer auf alles stolz sein, was unsere bockige Staatsmaschinerie produziert oder blockiert. So stellt es zum Beispiel kein Ruhmesblatt dar, wenn die vor Jahrzehnten eingeleitete Aktienrechtsreform noch immer nicht vollendet ist oder wenn unser Börsenrecht für einen internationalen Finanzplatz völlig archaisch anmutet. Damit die Schweiz nicht an ihrem *ritualisierten Immobilismus* zugrundegeht wie 1798, braucht es etwas mehr Disziplin auf seiten des Parlaments und etwas mehr Führungswillen auf seiten der Regierung: beides wäre an sich auch nach einem EG-Beitritt möglich, sofern man den Mut dazu aufbrächte. Es wäre schade, wenn unser Land erst dann erwachen würde, wenn wirtschaftliche Nachteile es dazu zwängen.

Weit besser wäre, sich nun auch auf unsere historische Aufgabe zu besinnen. Innerhalb Europas läge sie weniger in der egoistischen Befolgung einer blutleeren Neutralitätspolitik als im Wahrnehmen der Aufgaben einer mehrsprachigen, zentralgelegenen *Helvetia mediatrix*. Als solche würden wir nicht etwa Schiedsrichterrollen auf uns nehmen dürfen, sondern hätten uns als Gutachter und Vermittler zur Verfügung zu stellen. Die alten Erfahrungen im Zusammenleben verschiedener Sprach- und Konfessionsregionen sowie im Austarieren unterschiedlicher Interessen könnten sicher auch dem erweiterten Europa zugutekommen. Das brächte uns auch mehr Sympathien ein als der Versuch, weiterhin ein Dasein als zentraleuropäische Drohne anzustreben.

